

Rede des FDP-Fraktionsvorsitzenden zum Haushalt 2024

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
verehrte Gäste,

die Stadt Wetter befindet sich - wie nahezu die gesamte kommunale Familie in NRW - in einer sehr schwierigen Lage. Der Haushaltsplan für das laufende Jahr soll heute verabschiedet werden. Angesichts der multiplen Krisen, die uns in den letzten Jahren erschüttert haben, ist dies keine leichte Aufgabe. Die Auswirkungen dieser Krisen haben den Haushalt unserer Stadt schwer getroffen.

Aufgrund der Tatsache, dass wir für die heutige Ratssitzung aber Termenschwierigkeiten zwischen Pfingsten und Fronleichnam hatten und nicht wie gewöhnlich den Weihnachtstagen entgegen schauen, erlauben sie mir hier einen kurzen Exkurs:

Der Rat hat bewusst entschieden, die Etatberatungen zu vertagen, da im Herbst ein genehmigungsfähiger Haushalt in weiter Ferne schien. Die schwarz-grüne Landesregierung hat den Kommunen in NRW seinerzeit signalisiert, sich der prekären Lage bewusst zu sein und entsprechende Hilfe angekündigt. Heute wissen wir: Die Hoffnung auf Unterstützung aus Düsseldorf hat sich als trügerisch erwiesen. Der Wille, irreparablen Schaden von der kommunalen Familie abzuwenden, ist bei dieser Landesregierung nicht erkennbar. Noch nie zuvor hat eine Landesregierung die Kommunen in einem solchen Maße im Stich gelassen. Die versprochenen Hilfen sind ausgeblieben, und die kommunale Familie steht vor einer finanziellen Katastrophe. Selbiges Bild zeigt sich leider auch bei der Grundsteuerreform. Obwohl es in der Vergangenheit zahlreiche Hinweise der kommunalen Spitzenverbände gab, hat schwarz-grün das Thema in Düsseldorf verschleppt und das Zeitfenster für eine vernünftige Lösung in NRW verpasst. Nun lädt das Land auch die Problematik differenzierter Hebesätze bei den Kommunen ab. Das ist nicht nur ordnungspolitisch extrem fragwürdig, sondern belastet unsere Unternehmen vor Ort noch zusätzlich. Entscheidungen dieser Tragweite dürfen nicht einfach übers Knie gebrochen werden. Hier brauchen die Kommunen Klarheit aus Düsseldorf! Ein weiteres Beispiel für die verfehlte Unterstützung durch das Land ist die Altschuldenregelung. Trotz wiederholter Appelle und Anträge blieb eine sinnvolle Lösung aus. Während Länder wie Rheinland-Pfalz, Hessen oder das Saarland bereits Konzepte zur Entschuldung ihrer Kommunen auf den Weg gebracht haben, bleibt NRW auch hier untätig! Und dann sind da noch die Kitas: Aufgrund der desolaten Finanzierung mussten wir auch in der heutigen Sitzung weitere, freiwillige städtische Zuschüsse für unsere Träger vor Ort bereitstellen. Statt aber für eine ausreichende KiBiz-Finanzierung zu sorgen, wurde

doch allen Ernstes eine Reduzierung der Betreuungszeiten vom NRW-Familienministerium ins Spiel gebracht - ein Armutszeugnis für unsere Familienpolitik. Dies beeinträchtigt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erheblich und sendet ein verheerendes Signal an unsere Familien.

Die Landesregierung hat uns also nicht nur enttäuscht, sie hat uns im Stich gelassen. Was beim NKF blieb, waren einige Bilanztricks und ein verlängerter Planungshorizont für den Haushaltsausgleich – wenig mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Es zeigt sich also einmal mehr, dass wir von extern keine Hilfe erwarten können. Das bedeutet, der Rat muss handeln! Wir müssen klare Prioritäten setzen und uns fragen, welche Aufgaben die Stadt noch leisten kann und in welchem Umfang. Der Blick auf die Eigenkapitalentwicklung unserer Stadt lässt keinen anderen Schluss zu.

In der Vergangenheit gab es Entscheidungen, die die FDP-Fraktion nicht mitgetragen hat. Der Neubau der Feuerwache am alten Standort in Wengern ist ein Beispiel. Ein günstigerer Neubau auf der grünen Wiese wäre nicht nur kosteneffizienter gewesen, sondern hätte auch keinen Ausweichstandort benötigt. Ebenso kritisch sehen wir den Ausbau der OGS Bergschule. Hier werden Millionen in ein 100 Jahre altes Gebäude gesteckt, ohne ausreichende Kapazitäten oder das gewünschte Niveau für die Schülerinnen und Schüler zu erreichen. Auch im konsumtiven Bereich gab es teilweise Fehlentscheidungen, wie zum Beispiel die Energiebeschaffung zu Krisenzeiten. Hätte man hier auf die FDP gehört, wäre der Stadt viel Geld erspart geblieben.

Meine Damen und Herren,

der Haushaltsplanentwurf 2024 bietet trotz allem aber auch einen kleinen Lichtblick. Die FDP-Fraktion erkennt an, dass der Kämmerer und die Stadtverwaltung unter schwierigen Bedingungen einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf vorgelegt haben. Besonders hervorheben möchten wir die Investitionen in unser Gymnasium. Seit Jahren fordern wir, die größte Schule in Wetter fit zu machen, und nun wird diese jahrelange Forderung endlich angegangen. Diese Investition ist ein Zeichen des Respekts und der Wertschätzung für die nachfolgenden Generationen.

Wir unterstützen auch die Investitionen in das Areal der Freiheit in Alt-Wetter, den weiteren Ausbau der Kaiserstraße sowie die Sanierung des Lehrschwimmbeckens in der Köhlerwaldstraße. Wichtig ist für uns auch die Belastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen in Wetter trotz der angespannten Haushaltslage in Waage zu halten. Steuererhöhungen müssen ultima ratio bleiben! Daher begrüßen wir, dass die Hebesätze von Grund- und Gewerbesteuer in diesem Jahr zunächst konstant bleiben sollen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf birgt jedoch auch Risiken. Der Kämmerer vollzieht einen bemerkenswerten Kurswechsel, indem er die Orientierungsdaten im Bereich der Gewerbesteuer erstmalig vollumfänglich ausschöpft – ein Vorgehen, das die FDP-Fraktion zwar seit Jahren einfordert. Angesichts der bisherigen Steuereinnahmen im laufenden Jahr stellt sich jedoch die Frage, ob dieser Kurswechsel in diesem Jahr jetzt der richtige ist. Die Soll-Stellung im Bereich der Gewerbesteuer lag im April etwa 5 Millionen Euro unter dem Ansatz. Hier wäre diesmal vielleicht eine vorsichtiger Herangehensweise vertretbar gewesen. Der Kämmerer hat aber auf Nachfrage erklärt, für einen geringeren Ansatz keine Veranlassung zu sehen.

Besonders bemerkenswert ist hier übrigens die Haltung der SPD-Fraktion. Während sie in vergangenen Zeiten florierender Steuereinnahmen stets zurückhaltende Gewerbesteueransätze unterstützt hat, zeigt sie jetzt bei rückläufigen Einnahmen keine kritische Haltung. Dies ist doch sehr bemerkenswert und wenig nachvollziehbar. Liegt es vielleicht doch nur daran, dass die Forderung in der Vergangenheit von der FDP formuliert wurde?

Der Blick auf die mittelfristige Finanzplanung sowie das Haushaltssicherungskonzept bereitet uns große Sorgen. Wir durchbrechen zumindest auf dem Papier im Bereich des Grundsteuerhebesatzes à la longue die Schallmauer von 1.000 Punkten. Dies können wir nach Auffassung der FDP-Fraktion nicht tatenlos hinnehmen. Mit der Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes wird stets betont, die Handlungsfähigkeit im Wetteraner Rat zu erhalten. Dann muss der Rat aber auch handeln! Der Kämmerer hat in seinem Vorbericht den Arbeitsauftrag an die Politik klar formuliert. Der Rat muss die Frage klären: „Welche Produkte müssen zukünftig von der Stadt angeboten werden? Auf welche kann man ganz oder teilweise verzichten? Wie kann

möglicher Gestaltungsspielraum genutzt werden?“ Diese Diskussion ist bislang unzureichend geführt worden.

Die FDP-Fraktion ist offen für die politische Debatte über Prioritäten. Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie wir auf vierstellige Hebesätze zusteuern und damit Mieterinnen und Mieter, Hausbesitzer sowie Unternehmen vor Ort finanziell überfordern. Eine Debatte über Prioritäten und Ausgaben muss in einem stetigen Prozess erfolgen und darf nicht erst bei der Einbringung eines Haushaltsplanentwurfs beginnen.

Die mittelfristige Finanzplanung sowie der planerische Ausgleich 2033 zeigen eindrücklich, dass die Stadt Wetter vor immensen Herausforderungen steht. Das Thema „Städtische Finanzen“ bedarf daher einer deutlich stärkeren Gewichtung auch unterjährig in der politischen Debatte. Wir fordern daher, noch in dieser Wahlperiode einen Finanzausschuss einzurichten, um dem Thema „Städtische Finanzen“ auch den notwendigen Raum für politische Debatten zu geben. Ein einsamer Tagesordnungspunkt im Rahmen des Hauptausschusses erscheint angesichts der Aufgaben nicht mehr angemessen. Nur so können wir die Etatberatungen 2025 ff. adäquat vorbereiten. Die Gemeindeordnung formuliert dazu klar: „Der Finanzausschuss bereitet die Haushaltssatzung der Gemeinde vor und trifft die für die Ausführung des Haushaltsplans erforderlichen Entscheidungen (...)“. Daher wird die FDP-Fraktion noch vor der Sommerpause einen entsprechenden Antrag in den Rat einbringen. Es liegen große Aufgaben vor uns und wir können uns keinen weiteren Aufschub mehr erlauben. Wir brauchen eine Steuerbremse für Grund- und Gewerbesteuer! Wir müssen jetzt eingreifen. Die Etatberatungen 2025 liegen quasi bereits vor uns. Es geht nicht mehr darum, was wir umsetzen wollen. Es geht nur noch darum, was wir mit den gegebenen Einnahmen umsetzen können. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürger schuldig.

Wir hoffen auf Ihre Unterstützung und erwarten, dass den heutigen Worten auch Taten folgen. Verbunden mit dieser Forderung und klaren Erwartungshaltung, gerade auch in Bezug auf Partizipation des gesamten Rates, wird die FDP-Fraktion den Haushaltsentwurf für 2024 sowie das vorliegende Haushaltssicherungskonzept in diesem Jahr mittragen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!